

Rot-Grün in Südhessen

## Windräder rücken näher an Häuser



In Südhessen dürfen Windräder künftig dichter an Wohnhäusern aufgestellt werden. Die CDU sieht den Energiekonsens in Gefahr, SPD und Grüne verteidigen den Beschluss.

von Daniel Seemann, hr-online

Im hessischen Landtag ist ein Streit um eine Entscheidung der rot-grünen Mehrheit in der Regionalversammlung Südhessen entbrannt. Am vergangenen Freitag war dort beschlossen worden, die Entfernung zu bebauten Flächen bei der Errichtung von Windrädern von einem Kilometer auf 750 Meter zu verringern. Die 1.000-Meter-Grenze ist eines der Ergebnisse, auf die sich der hessische Energiegipfel geeinigt hatte.

### Verärgerung und Unverständnis

Erst vor kurzem hatten das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt und der Regionalverband Frankfurt-RheinMain Karten veröffentlicht, auf denen geeignete Gebiete in Südhessen für den Bau von Windrädern verzeichnet sind. Grundlage dafür war die Mindestabstands-Vorgabe des Energiegipfels. "Die Karten müssen jetzt noch einmal überarbeitet werden" sagt RP-Sprecher Gerhard Müller hr-online. "Dadurch fallen Mehrkosten an und der Prozess verzögert sich insgesamt um mindestens zwei Monate."

Mit "Verärgerung und Unverständnis" reagierte der Generalsekretär der hessischen CDU, Peter Beuth, auf den Vorstoß von Rot-Grün in Südhessen. "SPD und Grüne brechen den Energiekonsens, den sie im Energiegipfel noch mit beschlossen haben", kritisiert Beuth. "1.000 Meter Mindestabstand sind schon seit Jahren als einheitliches Kriterium von allen Experten anerkannt." Alles andere gefährde die notwendige Akzeptanz bei den Menschen für die Umsetzung der Energiewende, sagt er.

### Woher kommt unser Strom?

### Alles im grün-roten Bereich

Harald Schindler, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen, kann die Aufregung nicht verstehen: "Wenn wir von vornherein zu viele Flächen beim Ausbau der Windenergie ausschließen, ist das Zwei-Prozent-Ziel des Energiegipfels gefährdet", sagt er hr-online. Das gehe aus ersten Zahlen hervor, die das Regierungspräsidium Darmstadt in einer Flächenstudie für den Bau von Windrädern bei einem 1.000-Meter-Mindestabstand ermittelt hat.

Schindler weist darauf hin, dass der Bericht des Energiegipfels im Einzelfall sogar ausdrücklich vorsieht, einen Abstand von 750 Metern zu prüfen. Die Entscheidung der Regionalversammlung entspreche also den dort gefassten Beschlüssen.

Dieser Meinung ist auch Frank Kaufmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen in der Regionalversammlung und Abgeordneter im Landtag. Das Argument, die Bürger würden die größere Nähe der Rotoren zu ihren Häusern nicht akzeptieren, lässt er nicht gelten: "Auch bei 750 Metern Abstand der Windräder ist der Geräuschpegel für die Anwohner nicht spürbar", sagt er. "Das Gerede von Herrn Beuth halte ich für populistisches Geschwätz." Der CDU-Politiker sei "in Wirklichkeit ein Gegner der Energiewende und wolle in seinem Wahlkreis den Bau so vieler Windräder wie möglich verhindern."

Redaktion: suma / frbe

Bild: © picture-alliance/dpa

 drucken

---

© Hessischer Rundfunk 2013 | [Datenschutz](#) | [Impressum](#) | [Heute in der Redaktion](#) | [Kontakt](#)

hr-online enthält Links zu anderen Internetangeboten. Wir übernehmen keine Verantwortung für Inhalte fremder Webseiten.